

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARGARITA CUERVO

Juni 2013

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

## Friedensverhandlungen in Havanna - nur der Beginn eines langen Wegs zu einem dauerhaften Frieden

ZWISCHEN HOFFNUNG UND SKEPSIS

**Nach fünf Jahrzehnten bewaffnetem internem Konflikt verhandelt die kolumbianische Regierung über das Ende der Konfrontation mit der Guerillagruppe FARC. Während die Gespräche fortschreiten, tauchen Kritiker und Gegner der Friedensverhandlungen auf, deren Ergebnis aber der Anfang auf einem Weg zu einem dauerhaften Frieden sein kann.**

Nachdem die Regierung von Präsident Juan Manuel Santos im August 2012 bestätigte, dass sie seit längerem vorbereitende Friedensgespräche mit der FARC führe, wurde schnell eine Deadline für ein mögliches Friedensabkommen festgelegt - und zwar für November 2013. Im Hinblick auf diesen Termin, haben die Intensität und die Geschwindigkeit der Verhandlungen inzwischen zugenommen. Dabei gibt es sowohl Zustimmung als auch kritische Stimmen. Die Meinungen von Experten, Politikern und auch der Bevölkerung reichen vor dem Hintergrund mannigfaltiger negativer Verhandlungserfahrungen in der Vergangenheit von vorsichtigem Optimismus bis hin zu großer Skepsis, nach dem Motto „Mit Terroristen verhandelt man nicht“. Die Stimmung im Mai 2013 geht dahin, dass ein Übereinkommen der Regierung mit der FARC sehr wahrscheinlich ist. Diejenigen, die an den Verhandlungen teilnehmen, bestätigen tatsächlich, dass momentan ein Text für ein solches Abkommen erarbeitet wird, was allein schon einen großen Unterschied zu früheren gescheiterten Verhandlungen darstellt.

Außer einem selbst auferlegten Zeitlimit gibt es noch einen weiteren Unterschied zu den Erfahrungen der Vergangenheit. Es existiert eine ganz konkrete und auf fünf

Hauptpunkte reduzierte Agenda für die Verhandlungen: Integrale ländliche Entwicklungspolitik, politische Partizipation (nach einem Friedensschluss) der Ex-Guerilla, Beendigung des bewaffneten Konfliktes, Lösung des Problems des Drogenhandels und die Frage der Opferentschädigung. Auch wenn die Gespräche in Havanna unter strenger Geheimhaltung ablaufen, erklären doch beide Parteien, dass die größten Fortschritte bisher im ersten und vielleicht schwierigsten Punkt gemacht wurden, der sogenannten Landrückgabe/Agrarreform.



Präsident Santos kündigt Erfolge bei den Verhandlungen mit den FARC an. (Quelle: Presidencia de la República de Colombia)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARGARITA CUERVO

Juni 2013

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

Der von der Regierung auferlegte Zeitdruck wurde allerdings von Seiten der FARC nicht gut aufgenommen. Diese haben durch ihren Chef – Unterhändler, Iván Márquez, wiederholt mitteilen lassen, dass sie zwar bereit sind, den Prozess dynamischer zu gestalten und grundsätzlich offen für ein Friedensabkommen sind, sich jedoch nicht zu einem „Express-Frieden“ drängen lassen. Auch haben sie von Anfang an die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gespräche verlangt. Die Regierung blieb zwar fest bei ihrer Entscheidung, keine Vertreter der Zivilgesellschaft zu den eigentlichen Friedensgesprächen zuzulassen, ist jedoch bereit, regionale Foren und Dialoge in Kolumbien zu unterstützen, die parallel und unabhängig davon stattfinden sollen, was in Havanna passiert und die Raum für die Partizipation der Zivilgesellschaft geben sollen. Ein Beispiel dafür war das Agrarforum im Dezember 2012, das die Regierung bei der Universidad Nacional und dem UNPD in Auftrag gegeben hatte. Die mehr als 1.200 Teilnehmer diskutierten Themen der ländlichen Entwicklung. Im Januar 2013 haben die Organisatoren des Forums dann die Ergebnisse präsentiert: Mehr als 400 Vorschläge für die Teilnehmer an den Friedensgesprächen in Havanna.

Weiterhin hat der Friedensausschuss des kolumbianischen Kongresses regionale Friedenstreffen organisiert, pluralistische Übungen in Demokratie, bei denen Vorschläge von Hunderten von zivilen Organisationen in neun wichtigen Regionen des Landes gesammelt wurden und anschließend der Verhandlungsrunde vorgelegt wurden. Die FARC begrüßten diese Initiativen, während nicht wenige politische Kommentatoren behaupteten, die Foren dienten der Guerilla lediglich dazu, den Prozess zu verzögern.

Nach der sechsten Verhandlungsrunde in Kuba kehrten die Vertreter beider Seiten Ende März 2013 mit einem positiven Eindruck nach Kolumbien zurück und waren sich darüber einig, dass der Prozess gut vorankomme und ein gemeinsames Abkommen machbar erscheine.

## Je weiter die Verhandlungen fortschreiten, desto mehr Kritik und Hindernisse tauchen auf.

Aber wie zu erwarten gab es nicht nur Fortschritte. Ein solch komplizierter Prozess ruft auch Reaktionen von Gruppierungen hervor, die dagegen sind oder die Situation zur Erreichung eigener Vorteile nutzen wollen. Bezeichnenderweise kamen die meisten Sabotageversuche zunächst aus den Reihen der Guerilla selbst. Im November 2012 hatte die FARC als Beweis ihrer Friedensbereitschaft eine einseitige Feuerpause angekündigt. Trotzdem waren 57 bewaffnete Aktionen der FARC gegen die Bevölkerung und die staatlichen Sicherheitskräfte die Bilanz nach Beendigung dieses begrenzten Waffenstillstandes. Das zeigt ganz klar, wie gespalten die FARC-Guerilla ist und dass nicht alle ihre Unterabteilungen (Fronten) am Verhandlungstisch in Kuba vertreten sind. Experten sind sich darüber einig, dass die Frente Sur (Südfront) und Frente Occidente (Westfront) sowie einige Fronten der Pazifik-Küste in offener Opposition zu den Friedensverhandlungen stehen, da sie durch die geographische Nähe zu Kokainplantagen und strategisch wichtigen Drogen-Transportwegen über enorme finanzielle Reserven verfügen und diese natürlich nicht gefährden wollen. Außerdem hat die Armee nach Beendigung dieser einseitigen FARC-Feuerpause ihre Besorgnis darüber geäußert, dass die Waffenkäufe der FARC während der Friedensgespräche stark zugenommen haben und die Guerilla offen ihre Absicht zu weiteren Entführungen von Mitgliedern der öffentlichen Streitkräfte als „Kriegsgefangene“ erklärt habe.

Die ELN, eine weitere Guerilla-Gruppe, die noch in Kolumbien aktiv ist und die gegenwärtig nicht an den Verhandlungen beteiligt ist, will offensichtlich mit Aktionen, die dem Friedensprozess schaden können, auf sich aufmerksam machen. Die wohl spektakulärste Aktion war Ende 2012 die Entführung zweier deutscher Staatsbürger im Grenzgebiet zu Venezuela. Traditionell hat die ELN schon öfter auf Entführungen von Ausländern gesetzt, so z.B. auch als sie Ende Januar 2013 zwei kanadische Mitarbeiter einer multinationalen Ölfirma entführte. Im Falle

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARGARITA CUERVO

Juni 2013

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

der beiden Deutschen behaupteten sie jedoch, diese seien „Spione“ gewesen. Diese Erklärungen wurden jedoch sehr negativ aufgenommen und sowohl von Seiten der Regierung als auch der öffentliche Meinung negiert, da es sich tatsächlich um zwei Rentner handelte, die als Touristen in Kolumbien eingereist waren. Die ELN hat die zwei Deutschen inzwischen freigelassen. Der Fall zeigt jedenfalls das große Interesse der ELN, auch an den Verhandlungen teilzuhaben, indem sie ihre „Stärke“ durch Entführungen, Erpressungen und Anschläge auf die Infrastruktur der Ölpipelines demonstrieren.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Gruppen in der Politik und Zivilgesellschaft, die von Anfang an gegen den Prozess warnen. Ihr Argument ist, dass man mit Kriminellen und Terroristen nicht verhandeln dürfe, allen voran der ehemalige Staatspräsident, Álvaro Uribe. Sowohl in Twitter als auch durch öffentliche Erklärungen hat er immer wieder auf Verstöße und Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung hingewiesen, die von der FARC gegen die Zivilbevölkerung oder die staatlichen Streitkräfte begangen wurden. Politische Analysten sehen darin u.a. auch eine politische Strategie für die in 2014 anstehenden Wahlen. Sowohl Uribe als auch seine Anhänger der Bewegung „Puro Centro Democrático“ haben die Friedensverhandlungen der Regierung immer wieder als Betrug bezeichnet und Präsident Santos wegen seiner „Nachgiebigkeit“ gegenüber der FARC hart kritisiert. Uribe hat sich für die nächsten Kampagnen zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen deshalb die Themen Sicherheit und Justiz auf seine Fahnen geschrieben.

Ein weiterer Kritiker ist José Félix Lafaurie, einer der Prä-Kandidaten des „Puro Centro Democrático“ und Präsident des kolumbianischen Viehzüchter-Verbandes. Lafaurie hat von Anfang an betont, dass die Verhandlungen zu nichts führen werden und dass die mögliche Unterzeichnung eines gemeinsamen Abkommens nur Straflosigkeit für Guerilleros und eine Möglichkeit zur „Geldwäsche“ ihrer Drogengelder zur Folge hätte. Lafaurie wehrte sich auch gegen das Agrarforum im Dezember 2012. Er bezeichnete

es als unnötig und verweigerte seine Teilnahme, da seiner Meinung nach dadurch nur die Täter unterstützt würden.

Die harte Linie von Uribe und Lafaurie wird von nicht wenigen Kolumbianern vor allem in den Regionen geteilt. Umfragen zeigen, dass die große Mehrheit (über 70%) den Friedensprozess zwar befürwortet, gleichzeitig misstrauen allerdings 93% der Bevölkerung der FARC und 76% empfinden, dass die Sicherheitslage sich nach Uribe unter der Regierung Santos wieder verschlechtert habe. Dies wirkt sich auch auf das Ansehen der Regierung aus. Nur 47% der Befragten sprachen sich für die Regierung Santos aus. An diesen Umfrageergebnissen kann man erkennen, welch großes politisches Risiko Präsident Santos mit der Bereitschaft, Friedensverhandlungen mit der ältesten Guerilla der Welt zu führen, auf sich genommen hat.

### **Ein Blick in die Zukunft: Der formale Friedensschluss wird erst der Anfang eines langen Versöhnungsprozesses sein**

Im Hinblick auf die beschriebene Entwicklung mit all ihren Fortschritten und Hindernissen, Herausforderungen und Risiken, besteht jedoch kein Zweifel, dass die Kolumbianer in diesem Moment die historische Möglichkeit haben, dem bewaffneten Konflikt mit der FARC endlich ein Ende zu setzen und damit einen großen Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden voranzukommen.

Von den größten Optimisten bis hin zu den Skeptikern sind sich die Analysten jedoch in einem wichtigen Punkt einig: Was als Ergebnis in Havanna herauskommt, kann nur ein formelles Abkommen sein, höchstwahrscheinlich mit generellen Verpflichtungen beider Seiten, die danach Schritt für Schritt umgesetzt werden müssen. Aber in keinem Fall kann es die endgültige Lösung des Konfliktes in Kolumbien bedeuten und schon gar nicht die Lösung der tiefgreifenden Probleme eines Landes, das das Thema „Konflikt“ bisher oft als Rechtfertigung oder Alibi für das Nichtlösen von anderen Problemen benutzt hat. Die Kolumbianer werden sich im Falle eines Friedensschlusses erst darauf einstellen müssen, in einem Land „ohne

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARGARITA CUERVO

Juni 2013

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

FARC“ oder “ohne Konflikt“ zu leben – das wird schwierig, wenn man bedenkt, dass alle zur Zeit lebenden Generationen in den Konflikt hineingeboren wurden und nur ein Land im Konflikt mit kriegerischen Auseinandersetzungen, Entführungen und Drogenhandel kennen. Außerdem werden sich erst in der Phase eines möglichen Postkonfliktes bisher “sekundäre“ Probleme mit voller Wucht zeigen. Es sind Probleme, die teilweise schon immer existiert haben und andere, die erst durch ein Friedensabkommen entstehen, und dann gelöst werden müssten.

### Recht versus Frieden?

Welches sind diese Probleme, die im Rahmen eines Friedensschlusses und danach an die Oberfläche kämen? Einige sind direkt mit den Verhandlungen und einem möglichen Abkommen zwischen der Regierung und der FARC verbunden wie zum Beispiel das Thema der Übergangsjustiz. Wenn auch keine absolute Straffreiheit oder Begnadigung aller Guerilleros zugelassen werden kann bzw. sollte oder Gesetze, die einen endgültigen Schlussstrich unter die begangenen Verbrechen ziehen, müssten sowohl die Zivilgesellschaft als auch der kolumbianische Staat eine Formel finden, die die Komplexität eines so lange andauernden Krieges berücksichtigt und ein Gleichgewicht zwischen Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung sicherstellt. Diese Formel müsste dabei nicht nur dem kolumbianischen Recht sondern auch internationalen Standards entsprechen.

In diesem Zusammenhang gibt es eine weitere Herausforderung, und zwar den Punkt einer Garantie der politischen Partizipation der demobilisierten Guerilleros. Im Februar 2013 erklärte der Vertreter der FARC, Iván Márquez, dass er offen und legal Politik machen möchte, worauf der Procurador Alejandro Ordoñez ihm antwortete, dass rechtmäßig verurteilte Personen nicht aktiv an der Politik teilnehmen könnten und schon gar nicht, wenn sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt hätten. Eine solche Sichtweise würde dazu führen, dass keiner der Kommandanten der FARC, die heute am Verhandlungstisch sitzen, sich

jemals zur Wahl stellen oder öffentliche Ämter ausüben könnte. Es wird also auch hier ein Kompromiss gefunden werden müssen der sicherstellt, dass einerseits nicht die Gerechtigkeit geopfert wird, aber im Rahmen der Demokratie eine Möglichkeit für die politische Partizipation der FARC-Repräsentanten gefunden wird, sobald sie sich demobilisiert haben. Das Land sollte dabei aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen.

In diesem Zusammenhang muss der Fall der UP – Unión Patriótica genannt werden, einer Linkspartei, die in den 80er Jahren als legale politische Option für die damals demobilisierten Mitglieder der ELN und der FARC gegründet wurde oder die Bewegung Alianza Democrática M-19, die sich nach der Demobilisierung der Guerilla-Gruppe M-19 im Jahre 1990 entwickelt hat.

Damals wurden Tausende von Mitgliedern der UP, darunter zwei Präsidentschaftskandidaten und acht Kongressmitglieder ermordet, und zwar sowohl von Paramilitärs, als auch vom organisierten Drogenhandel. Der Präsidentschaftskandidat der M-19, Carlos Pizarro, wurde 1990 ermordet. Es gibt aber auch positive Erfahrungen im Bereich der politischen Partizipation von Ex-Guerilleros. So übernahm zum Beispiel nach der Ermordung Pizarros, Antonio Navarro Wolff, ein anderes demobilisiertes Mitglied der M-19, die Präsidentschaftskandidatur 1990 und erlangte bei den Wahlen die dritthöchste Stimmenzahl, um anschließend zum zweiten Präsident der Verfassungskonstituierenden Versammlung von 1991 gewählt zu werden. Navarro Wolff wurde daraufhin Gesundheitsminister, war Oberbürgermeister der Stadt Pasto, wo er 1998 mit dem Preis des „besten Bürgermeisters“ ausgezeichnet wurde. Danach war er Mitglied der Abgeordnetenkammer, Senator und Gouverneur von Nariño.

Ein anderes Beispiel zeigt, dass Ex-Guerilleros in der Politik auch nur mit Wasser kochen. Der derzeitige Oberbürgermeister Bogotás, Gustavo Petro, ebenfalls ehemaliges Mitglied der M-19, kann auf eine lange und teilweise erfolgreiche politische Karriere zurückblicken, vor allem als Abge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING

MARGARITA CUERVO

Juni 2013

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

ordneter des Kongresses, wo er als rigoroser Oppositioneller mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung galt. In seiner jetzigen Position als Oberbürgermeister von Bogotá hat er im Moment aber nur noch die Sympathie von ca. 30% der Bürger und sieht sich diversen, meist selbstverschuldeten Krisen bei der Ausübung seines Amtes gegenüber.

Insgesamt dürfte der geschilderte Themenkomplex möglicher Amnestien für Guerillos und die Teilnahme von Ex-Guerilleros am zukünftigen politischen Leben für die kolumbianische Gesellschaft wohl zu den sensibelsten bzw. kritischsten Punkten überhaupt zählen. Falls im Ergebnis des Verhandlungsprozesses von Havanna nicht zumindest einige der FARC Führer zur Verantwortung gezogen und zu Gefängnisstrafen verurteilt werden sollten, besteht die Gefahr, dass bestimmte Gruppierungen in der kolumbianischen Gesellschaft das Recht dann in die eigenen Hände nehmen werden. Kurz gesagt, in diesem Fall besteht die Gefahr des Wiederauflebens des Paramilitarismus. In diesem Zusammenhang soll noch einmal an die Opfer des bisher über 50 Jahre andauernden Konflikts erinnert werden. Fast vier Millionen Menschen wurden vertrieben, von 1996 bis 2011 fast 24000 Menschen entführt und von 1990 an pro Jahr ca. 1000 Menschen ermordet. Dies können viele Kolumbianer unabhängig von Parteipräferenzen nicht einfach von heute auf morgen vergessen.

### **Soziale Gerechtigkeit – das Schlüsselthema der Zukunft in Kolumbien**

Aber die direkt mit dem Konflikt korrelierten Themen sind nicht die einzigen die zur Lösung anstehen. Wenn Kolumbien wirklich einen dauerhaften Frieden erreichen will, sind auch strukturelle Probleme zu berücksichtigen. Themen wie Armut, soziale Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, fehlende Infrastruktur müssten gelöst werden und werden in einem eventuellen Postkonflikt sicherlich noch mehr an Bedeutung gewinnen. In Kolumbien gelten 34% der Stadtbevölkerung und 46% der Landbevölkerung als arm. Deshalb müssten außer dem Entwurf politischer Strategien zur Reaktion auf die Armut

und die soziale Ungleichheit, die Kolumbien zum dritten Land auf der Liste der Länder mit der größten sozialen Ungerechtigkeit machen, auch weitreichende Investitionen im Bereich Infrastruktur getätigt werden, um das Land wettbewerbsfähig zu machen und Arbeitsplätze zu schaffen. In einem Land, in dem 80% der Waren auf Landstrassen transportiert werden, können die Logistik-Kosten für die Produzenten/Händler nicht doppelt so hoch sein wie in den Ländern, mit denen Kolumbien Freihandelsabkommen abschließt. Es gilt also auch konkurrenzfähig zu bleiben bzw. zu werden.

Man sieht, der Weg zu einem dauerhaften Frieden wird nicht einfach sein und ist voll von Herausforderungen, denen man sich stellen muss, und zwar schon vor der Unterzeichnung eines möglichen Abkommens mit der Guerilla. Es muss das Terrain bereitet werden, damit die kolumbianische Gesellschaft in nachhaltigem Frieden leben kann. Dies gilt für eine Vielzahl von Themen wie den in diesem Artikel geschilderten, aber auch anderen. So muss der Themenkomplex Drogenanbau und Drogenhandel, auf den an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann, dringend angepackt werden. Dabei, und dies gilt auch für andere Problemfelder, wird Kolumbien auf internationale Unterstützung angewiesen sein. Bisher waren stets vor allem die USA zur Stelle. Europa muss sich jedoch darauf einstellen, eine stärkere Rolle übernehmen zu müssen.

### **Aktuelle Entwicklungen : Erste Ergebnisse in Havanna - Santos Ankündigung zur abermaligen Präsidentschaftskandidatur**

Ende Mai scheint bezüglich des ersten Punktes der Verhandlungsagenda, der sog. Agrarreform ein Durchbruch erzielt worden zu sein. Die Verhandlungskommission der Regierung und der FARC verkündeten eine Einigung. In einem Dokument wurde eine historische Landreform umrissen. Dies sei „der Anfang radikaler Transformationen...“ Präsident Santos feierte die Ankündigung als „fundamentalen Schritt“. Dies gibt den Autoren und wahrscheinlich auch vielen Kolumbianern Hoffnung und zeigt, dass offen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING  
MARGARITA CUERVO

Juni 2013

[www.kas.de/kolumbien](http://www.kas.de/kolumbien)

sichtlich konkrete Einigungen mit der FARC möglich sind. Zugleich bleibt ein seltsamer Eindruck. Noch zu Beginn der Verhandlungen im Herbst 2012 hatte Santos klargestellt: „Nichts ist entschieden bevor nicht zu allen Punkten eine Einigung erzielt worden ist“. Das passt eigentlich nicht zu den jetzigen intensiv verbreiteten Erfolgsmeldungen. Man fragt sich, ob Santos damit der vor zwei Wochen erfolgten indirekten Ankündigung zur abermaligen Präsidentschaftskandidatur einen Schub verleihen möchte. Notwendig hätte er es, sind doch seine Umfragewerte alles andere als rosig. Dazu kommt, dass die von ihm selbst gesetzte Deadline für die Verhandlungen- November 2013- wahrscheinlich nicht eingehalten werden kann. Vier nicht minder schwierige Verhandlungspunkte stehen in Havanna noch an.



Der Friedensprozess in Kolumbien hat viele Freunde aber auch Gegner. (Quelle: Presidencia de la República de Colombia)

Insofern bleibt nur der Schluss, dass Santos die Kolumbianer in Folge der Erfolgsmeldung bezüglich des ersten Verhandlungspunktes noch auf mehr Geduld einstimmen will bzw. muss. Das würde dann bedeuten, dass der Wahlkampf für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 und die weiteren Verhandlungen in Havanna zeitlich zusammenfallen. Harte Konfrontationen stünden in diesem Fall bevor- für Präsident Santos geht es um alles oder nichts!